

70.11.

Bern, den 24. April 1953.

VertraulichNicht für die PresseA u s g e t e i l tAn den B u n d e s r a t .
-----Energie liefernde Atommaschine

Herr Prof. Dr. P. Scherrer, Präsident der Schweizerischen Studienkommission für Atomenergie (SKA) hat dem Militärdepartement folgendes mitgeteilt:

" An der letzten SKA-Sitzung hat Herr Dr. Zünti über das Projekt III einer Energie-liefernden Atommaschine vorgetragen. Dieses Projekt geht nun seiner Vollendung entgegen und wir werden in einigen Wochen die Detailpläne mit einem genauen Kostenvoranschlag vorlegen können. Die Maschine, die 10'000 KW Leistung aufweisen soll, benötigt etwa 6 Tonnen Uranmetall und 12 Tonnen schweres Wasser. Das Uran würde uns von Frankreich leihweise überlassen. Das schwere Wasser möchten wir so weit als möglich in der Schweiz herstellen. Jedoch sieht es so aus, als ob wir in nützlicher Frist nur etwa 6 Tonnen selbst fabrizieren könnten und also 6 Tonnen von Norwegen oder vielleicht von USA beziehen müssten.

Die Verhandlungen mit Frankreich über die leihweise Ueberlassung von Uran sind positiv verlaufen. Frankreich interessiert sich sehr für unser Projekt und will uns sogar mit seinen Erfahrungen im Pilebau zur Seite stehen. Die leihweise Ueberlassung von Uran wird von Frankreich aber an die Bedingung geknüpft, dass das in den Uranstäben beim Betrieb der Pile entstehende Plutonium Frankreich gehören soll. Die Uranstäbe würden von Frankreich nach einer gewissen Betriebsdauer (sagen wir nach 3 Jahren) gegen neues Uran ausgewechselt und die alten Stäbe der Plutoniumgewinnung unterworfen. Dies hat für uns den Nachteil, dass wir selbst kein angereichertes Uran fabrizieren können, aber dafür den Vorteil, dass wir nicht selbst eine grosse chemische Anlage zur Aufarbeitung des stark radioaktiven Urans bauen müssen.

Die französische Atomenergie-Kommission hat uns schon früher offiziell und schriftlich ihr Einverständnis mit der Lieferung von Uran für eine schweizerische Pile mitgeteilt. Herr Haut Commissaire Prof. Perrin möchte aber gerne von einer schweizerischen Regierungsstelle die offizielle Zusicherung erhalten, dass die schweizerische Regierung den freien Austausch der Uranstäbe zwischen den beiden Ländern garantiert.

Ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie mir eine solche Zusicherung verschaffen können, damit ich sie nach Paris schicken kann. Vielleicht könnte man dieselbe auch durch unsere Gesandtschaft in Paris dem Haut Commissariat à l'énergie atomique überreichen lassen. "



- 2 -

Das Militärdepartement bemerkt hiezu, dass entsprechend der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Förderung der Forschung auf dem Gebiete der Atomenergie vom 17. Juli 1946 (BB1 1946 II, 928) ein Gesamtkredit von 18 Millionen Franken zur Ausführung von Arbeiten auf diesem Gebiete bewilligt wurde. Vorgesehen und in der genannten Botschaft auch angeführt war die Errichtung eines Reaktors, zu dessen Finanzierung der grösste Teil des Kredites beansprucht wird. Voraussichtlich wird dieser Betrag nicht ausreichen. Ueber die Kosten dürften Projekt und Kostenvoranschlag, welche im Schreiben des Herrn Prof. Scherrer erwähnt werden, zu gegebener Zeit Aufschluss geben. Vorläufig ist hiezu noch nicht Stellung zu nehmen.

Seit ihrem Bestehen hat sich die SKA bemüht, das für einen Reaktorbau notwendige Uran zu beschaffen, bisher jedoch vergebens. Es bietet sich nun die einzigartige Gelegenheit, aus Frankreich das nötige Uran zu erhalten. Das Militärdepartement ist der Auffassung, dass diese Gelegenheit unbedingt benützt werden muss, wenn unser Land nicht Gefahr laufen will, auch weiterhin auf diesem in Zukunft technisch ausserordentlich wichtigen Gebiete ausgeschaltet zu werden.

Die zu bauende Atommaschine dient lediglich der Energiebeschaffung für zivile Zwecke. Das gebrauchte und durch den Gebrauch mit Plutonium angereicherte Uran, aus dem Atombomben hergestellt werden können, müsste an Frankreich zurückerstattet werden. Da die eidgenössischen Räte bei der Behandlung der Vorlage über die Förderung der Forschung auf dem Gebiete der Atomenergie ausdrücklich die Forschung der Atomwaffen ablehnten, steht der geforderten Rücklieferung des gebrauchten Urans an Frankreich vom technischen Standpunkte aus nichts entgegen. Andererseits müsste dieses mit Plutonium angereicherte Uran auf irgend eine Art und Weise vernichtet oder umgearbeitet werden, da es infolge seiner Radioaktivität eine potentielle Gefahr darstellt. Dies wäre mit sehr beträchtlichen Kosten verbunden. Wir können es deshalb nur begrüssen, wenn Frankreich uns dieses Produkt abnimmt.

Die französische Regierung legt Wert darauf, dass die Öffentlichkeit über die gegenwärtigen Verhandlungen betreffend die Lieferung von Uran nicht unterrichtet wird.

Auf Grund dieser Ausführungen stellt das Militärdepartement als übliche Vermittlungsstelle zwischen dem Bundesrat und der SKA folgenden

A n t r a g :

Das Militärdepartement sei zu ermächtigen, Herrn Prof. Scherrer die gewünschte Zusicherung zu erteilen, dass schweizerischerseits gegen den freien Austausch der Uranstäbe mit Frankreich nichts im Wege steht.

Protokollauszug an das Militärdepartement (4).

Eidg. Militärdepartement:

Kobell